



Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. F. Kennedy in Wien, 4. Juni 1961

Abschrift

Die Unterredung begann um 10.30 Uhr in den Räumen der Sowjetischen Botschaft in Wien. Anwesend waren: von sowjetischer Seite die Genossen Gromyko, Menschikow, Dobrynin und Suchodrew; von amerikanischer Seite die Herren Rusk, Bohlen, Kohler, Thompson und Akalowsky.

Zu Beginn wurde über die industrielle Entwicklung der Sowjetunion gesprochen. N.S. Chruschtschow sprach u.a. von den riesigen Eisenerzvorkommen, die unlängst im Raum von Kursk festgestellt wurden. Die allein in diesem Raum bereits erkundeten Vorkommen belaufen sich auf 30 Milliarden t, das ist nochmal so viel wie die in den USA erkundeten Eisenerzvorkommen. Die Gesamtvorräte an Eisenerz in diesem Raum betragen nach Berechnungen der Geologen 300 Milliarden t. Diese Vorkommen reichen also völlig aus, um eine ununterbrochene und schnelle wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion zu gewährleisten.

Kennedy: Die Sowjetunion hat wirklich gewaltige Erfolge auf industriellem Gebiet und in der Eroberung des Kosmos erreicht, und ich zweifle nicht, daß sich Ihre Wirtschaft auch künftig schnell entwickeln wird. Um so unverständlicher ist es, Herr Vorsitzender, warum Sie angesichts der vielen Aufgaben in Ihrem Lande ein solches Land wie Laos interessiert.

Chruschtschow: Die Sowjetunion hat keinerlei besonderes Interesse an Laos, sie ist nur daran interessiert, daß in diesem Lande Frieden herrschen möge.

Kennedy: Herr Vorsitzender, ich bin nicht gewiß, ob wir uns im Verlauf unserer Gespräche in allen Fragen verständigen können, obwohl ich Ihnen für die Offenheit während unserer gestrigen Begegnung sehr verbunden bin. Ich glaube jedoch, daß wir uns in einer solchen Frage wie Laos verständigen können. Wir sind doch gestern mit Ihnen übereingekommen, daß unsere strategischen Interessen in Laos nicht berührt werden, obwohl die USA natürlich andererseits als Folge der übernommenen Verpflichtungen traditionelle Beziehungen zu Laos unterhalten. Meine Absicht ist, die Neutralität und Unabhängigkeit von Laos zu sichern. Nach den Erklärungen der Sowjetunion zu Laos darf man annehmen, daß Sie ebenfalls dieses Ziel anstreben. Mir scheint, daß es jetzt am wichtigsten ist, eine wirkliche Feuereinstellung zu gewährleisten und dann die Bildung einer laotischen Regierung zu erreichen, die eine Politik der wirklichen Neutralität durchführt. Wir sind mit Ihnen gestern übereingekommen, daß Burma und Kambodscha Musterbeispiele neutraler Länder sind, und daß es wünschenswert wäre, wenn sich Laos ebenfalls zu einem solchen Staat entwickelt. Das zeigt, daß wir uns mit Ihnen über Laos verständigen können. Zu allererst ist es jedoch nach unserer festen Überzeugung notwendig, eine wirksame Feuereinstellung zu sichern. Unseren Quellen zufolge operieren in Laos nordvietnamesische Kräfte. Sie erklären, daß sich dort thailändische Truppen befinden. Wenn die beiden Vorsitzenden der Genfer Konferenz jetzt Weisungen an die internationale Kommission geben würden, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen, dann könnten anschließend beide Seiten Anstrengungen zur Schaffung eines neutralen laotischen Staates unternehmen. Sie haben sich gestern gegen das gewandt, was Sie als Dulles'sche Politik der Stärke bezeichnen, und Sie sagten u.a., daß es unmöglich sei, eine solche Politik weiter zu führen.

Chruschtschow: Das ist nicht meine Formulierung. Dulles selbst hat diese Politik so genannt.

Kennedy: Ja, das weiß ich. Und ich will eben in Laos eine Änderung der amerikanischen Politik durchsetzen, um diesem Land eine echte Neutralität zu sichern. In diesem Teil der Welt wurden



doch unsere beiden Länder unmittelbar und offen in die dortigen Ereignisse hineingezogen, und vielleicht können wir gerade hier eine Regelung zustande bringen. Wenn wir die entstandene zugespitzte Lage in den Beziehungen zwischen unseren Staaten wirklich verändern wollen, so könnten wir vielleicht gerade hier beginnen, da Laos, wie wir mit Ihnen gestern gemeinsam festgestellt haben, keine große Bedeutung vom Standpunkt unserer strategischen Interessen hat, um dann unsere gemeinsamen Anstrengungen auf eine Verständigung auch in den anderen Fragen zu richten.

Chruschtschow: Ich bin mit Ihrer allgemeinen Schlußfolgerung einverstanden. Wir sind tatsächlich durch keinerlei Verpflichtungen in Bezug auf Laos gebunden, und wir haben auch nicht vor, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber diesem Lande einzugehen. Wenn wir Laos Hilfe geleistet haben, so nur auf Ersuchen der Regierung Souvanna Phouma, die die einzig rechtmäßige Regierung dieses Landes ist. Diese Regierung wurde durch äußere Kräfte mit aktiver Unterstützung der USA aus Laos vertrieben. Wir betrachten diese Handlungen der USA als eine grobe Einmischung in die inner-laotischen Angelegenheiten und erkennen deshalb auch weiterhin die Regierung Souvanna Phouma als rechtmäßige Regierung von Laos an. Wir haben in Laos keinerlei wirtschaftliche, politische oder sonstige Interessen. Dieses Land ist weit von uns entfernt, und wir wollen uns auch gar nicht durch irgendwelche Verpflichtungen binden und die Verantwortung für diese oder jene Teile der Welt übernehmen.

Sie sagen, die USA seien durch irgendwelche Verpflichtungen gegenüber Laos gebunden, aber wir können uns mit einer solchen Position nicht einverstanden erklären. In der Tat, mit welchem Recht erteilen Sie nach links und rechts Ablaßbriefe wie der römische Papst? Aus welchem Grunde halten Sie sich für berechtigt zu einer Einmischung in den verschiedensten Teilen der Welt? Wir können Ihnen ein solches Recht nicht zugestehen und führen unsere Politik dementsprechend durch. Am besten ist es, keine solche Verpflichtungen einzugehen. Wenn Sie auch künftig irgendwelche Rechte auf die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder geltend machen, so kann das ein schlechtes Ende für Sie nehmen.

Entschuldigen Sie meine Offenheit, Herr Präsident, aber ist das nicht Größenwahn, wenn die USA das Recht für die Einmischung in fremde Angelegenheiten beanspruchen? Halten sich die USA wirklich für so reich und stark, daß sie die Rechte der anderen Völker mißachten und auf eine Sonderstellung für sich Anspruch erheben können? Wir werden uns mit einer solchen Lage nicht abfinden. Als Antwort auf Ihre Handlungen werden wir den Völkern jener Länder, in deren Angelegenheiten Sie sich entgegen deren Interessen einmischen, Hilfe leisten.

Wenn Sie die Lage in der Welt wirklich normalisieren wollen, wenn Sie tatsächlich wünschen, daß unsere Interessen nirgends kollidieren, so verzichten Sie auf eine derartige Pose, die etwa so aussieht: hier, an diesem Platz, stehen wir, die Vereinigten Staaten, und deshalb hat niemand außer uns das Recht, seine Nase hier herein zu stecken. Wir werden uns mit einer solchen Lage niemals abfinden und als Antwort darauf unsere Nase hineinstecken und den Völkern helfen, deren Interessen Sie beeinträchtigen. Das wird natürlich zu einer Verschärfung der Beziehungen führen, was wir nicht wollen. Um eine solche Verschärfung zu vermeiden, ist nur das erforderlich: die Rechte der anderen Völker zu achten.

Die Sowjetunion hat niemanden gegenüber, außer den sozialistischen Ländern, irgendwelche Verpflichtungen. Die USA jedoch haben, bildlich gesprochen, ihre "Interessen" über den ganzen Erdball verstreut. Es ist jetzt aber eine andre Zeit, Herr Präsident, und die Kräfte sind jetzt ausgeglichen, wie Sie selbst gestern zugaben. Ich spreche nicht deshalb davon, um diese Tatsache als Argument in unserer Unterredung zu benutzen, sondern nur um zu betonen, daß es zur Normalisierung der Beziehungen notwendig ist, die Beziehungen auf der Grundlage der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten zu gestalten, den anderen nicht auf die Hühneraugen zu treten, sich korrekt zu verhalten, die gegenseitigen Interessen und die Interessen der anderen Völker nicht zu beeinträchtigen.



Kennedy: Ich werde Ihnen ebenfalls in aller Offenheit antworten, Herr Vorsitzender. Als ich am 20. Januar mein Amt antrat, waren die von mir erwähnten Verpflichtungen gegenüber Laos bereits übernommen worden. Warum und aus welchen Grund sie übernommen wurden, das ist eine andere Frage, die hier zu erörtern wahrscheinlich keinen Sinn hätte. Die Hauptsache, worum ich mich jetzt bemühe, ist, daß die USA und die UdSSR eine Politik durchführen mögen, um durch gemeinsame Anstrengungen die Neutralität von Laos zu gewährleisten. Ich möchte die gegenwärtigen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten keineswegs vergrößern. Im Gegenteil, ich möchte sie verringern und klären, wie das erreicht werden kann.

Sie haben einige Einwendungen gegen unsere Bewertung bestimmter historischer Ereignisse vorgebracht. Ich könnte aber ebenfalls solche Einwendungen vorbringen. Doch nicht das ist die Hauptsache. In Laos muß jetzt vor allem eine wirkliche Einstellung des Feuers und jeglicher Kampfhandlungen gesichert werden, es muß eine wahrhaft neutrale Regierung gebildet werden, die weder an die USA noch an ein anderes Land gebunden ist. Wir sind zur Genfer Konferenz eben mit dem Ziel gekommen, eine beiderseitig annehmbare Lösung zu finden und eine reale Feuereinstellung durchzusetzen, um dann den nächsten Schritt zu tun: die Bildung eines neutralen und unabhängigen Laos. Das ist meine Politik, und ich hoffe, daß Sie ihr zustimmen werden.

Chruschtschow: Ich begrüße alles das, was Sie jetzt gesagt haben, und würde es an Ort und Stelle unterschreiben. Das gefällt mir. Sie haben gerade im Grunde genommen unsere Haltung in der Laos-Frage wiedergegeben.

Ich hätte noch eine kleine Bemerkung. Das ist natürlich Ihre interne Angelegenheit, und wir werden das hier nicht erörtern, aber Sie haben Laos als ein Erbstück von der früheren Regierung übernommen. Wir haben dafür Verständnis. Aber bei den laotischen Ereignissen ist auch Ihre Hand im Spiel, Herr Präsident. Sie haben doch kurz vor dem Zusammentritt der internationalen Konferenz den Befehl gegeben, daß Ihre in Laos als Berater Nosavans befindlichen Offiziere Uniformen tragen sollen.

Kennedy: Zu diesem Zeitpunkt fanden in Moskau zwischen den beiden Vorsitzenden Verhandlungen über die Einberufung der internationalen Konferenz statt, aber die militärische Lage in Laos besserte sich nicht, und ich habe tatsächlich einen solchen Befehl gegeben, damit die USA in einer für sie günstigeren Situation zur Konferenz kommen können.

Chruschtschow: Außerdem haben Sie den Befehl gegeben, Herr Präsident, in Laos amerikanische Marine-Infanterie an Land zu setzen. Allerdings haben Sie diesen Befehl später widerrufen.

Kennedy: Einen solchen Befehl gab es nicht.

Chruschtschow: Jedenfalls hat das die amerikanische Presse geschrieben (Kennedy nickt zustimmend mit dem Kopf).

Sie sagen, daß die USA vor Ihrem Amtsantritt als Präsident irgendwelche Verpflichtungen übernommen hätten. Was wäre aber, wenn die Sowjetregierung fortfahren würde, alle unvernünftigen Beschlüsse durchzuführen, die beispielsweise von meinen Vorgängern in der Funktion des Vorsitzenden des Ministerrates, Bulganin und Malenkow, gefaßt wurden? Wir haben bekanntlich sofort alle unter ihnen gefaßten unvernünftigen Beschlüsse aufgehoben.

Ich hatte seinerzeit eine große Auseinandersetzung mit Molotow in der Frage des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages. Molotow war gegen den Abschluß des Vertrages, und ich habe ihm einen regelrechten Kampf geliefert. Ich hatte die Unterstützung der Mehrheit unserer Regierung, und wir haben dann gemeinsam mit Ihnen den österreichischen Staatsvertrag unterzeichnet. Ich bin, wie Sie wahrscheinlich gemerkt haben, besonders empfindlich in der Frage unserer sogenannten Verpflichtungen. Auf dieser "Grundlage" können Sie ja schließlich eines Tages wiederum den Befehl geben, irgendwo Marine-Infanterie zu landen. Aus der Physik ist jedoch bekannt, daß jede Wirkung eine entsprechend große Gegenwirkung erzeugt. Sie werden Ihre Marine-Infanterie entsenden, aber die anderen können entsprechende Gegenmaßnahmen treffen,



und dann werden wir ein neues Korea haben. Wollen wir doch lieber mehr Vernunft walten lassen und solche Handlungen in Zukunft verhindern.

Ich war über Ihre letzten Worte erfreut, weil sie auch die Politik der Sowjetregierung zum Ausdruck bringen. Ich kann Sie versichern, Herr Präsident, daß wir als Sowjetregierung alles zu tun bereit sind, um eine Verständigung in dieser Frage zu erreichen. Dabei hängt aber nicht alles von uns allein ab. Selbst wenn wir uns verständigen, aber die drei in Laos wirkenden Kräfte zu keiner Verständigung kommen, wird unsere mit Ihnen getroffene Übereinkunft nur leerer Schall und Rauch sein. Deshalb muß jeder von uns auf die entsprechenden Kräfte in Laos einwirken, damit sie unserer Politik folgen und Maßnahmen zur Bildung einer einheitlichen Regierung treffen.

Ich glaube daran, daß die USA in Laos keine materiellen Vorteile suchen. Was Ihre strategischen Interessen betrifft, so erinnere ich an Ihre gestrige Äußerung zu dieser Frage, als Sie sagten, man könne erwarten, daß Sie aus strategischem Interesse auch die Krim erobern wollten.

Kennedy: Das wäre schwer zu verwirklichen.

Chruschtschow: Das stimmt, Herr Präsident. Das verstehen Sie sehr richtig.

Was Taiwan betrifft, so gehen unsere Interessen tatsächlich auseinander. Schieben wir also alles beiseite, was zu einem Zusammenstoß zwischen uns führen könnte, und betreiben wir eine Politik, die unsere Interessen und die Interessen anderer Länder nicht schmälern wird.

Was aber Laos betrifft, so sollten wir unsere Außenminister zusammen in einem Raum einsperren und ihnen weder etwas zu trinken noch zu essen geben, bevor sie diese Frage gelöst haben.

Gromyko: Das könnte man in Genf tun. Dort gibt es einen herrlichen Palast dafür.

Chruschtschow: Nun also, wollen wir jetzt nicht über die Abrüstung und die Einstellung der Kernwaffenversuche beraten, weil uns sonst dafür zu wenig Zeit bleibt?

Kennedy: Einverstanden. Aber bevor wir zu diesen Fragen übergehen, möchte ich abschließend noch einige Worte zur Laos-Frage sagen.

Ich wünsche sehr, daß schnellstens die Voraussetzungen für den Abzug der amerikanischen Militärs aus Laos geschaffen werden. Ich habe mich sehr ungerne mit der Entsendung amerikanischer Marine-Infanterie nach Laos beschäftigt, weil ich mir Rechenschaft darüber ablegte, daß dies Antwortmaßnahmen und Gegenmaßnahmen auslösen kann. Mir scheint, daß wir uns über die Regelung der Situation in diesem für uns nicht so wichtigen Gebiet verständigen können. Vielleicht könnten Sie Ihren Einfluß auf Herrn Gromyko geltend machen, damit er in Genf Maßnahmen trifft, um eine gebührende Überprüfung der effektiven Feuereinstellung zu gewährleisten. Wir haben früher schon gesagt, daß wir an der Genfer Konferenz teilnehmen, wenn in Laos eine effektive Feuereinstellung erzielt ist. Es kommt jetzt hauptsächlich darauf an, der internationalen Kommission eine wirksame Tätigkeit zu sichern und dann zum nächsten Schritt überzugehen: zur Bildung eines neutralen unabhängigen Laos. Machen wir also unseren Einfluß auf unsere Außenminister geltend, um sie zur Lösung dieser Frage zu zwingen. Staatssekretär Rusk könnte schon heute während des Frühstücks mit Herrn Gromyko einen Meinungs austausch über die Laos-Frage führen.

Chruschtschow: Ich habe zu dem, was Sie bereits zu dieser Frage gesagt haben, nichts wesentliches hinzuzufügen. Ich bin mit Ihrer Argumentation einverstanden, Herr Präsident. Es ist jetzt tatsächlich notwendig, daß wir alle Anstrengungen zur Sicherung einer effektiven Feuereinstellung machen. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß die vollständige und endgültige Feuereinstellung so unbedingt als Voraussetzung zur Prüfung der anderen Fragen, die mit der Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos zusammenhängen, gefordert werden sollte. An einer Front ist es doch niemals ausgeschlossen, daß von dieser oder jener Seite ein zufälliger Schuß fällt, was dann als Vorwand für die Behauptung benutzt werden kann, daß das Abkommen über die Feuereinstellung verletzt worden sei. Wollen wir doch lieber keine kategorischen Vorbedingungen stellen, sondern uns lieber über die positive Lösung jener Fragen verständigen, die die Bildung einer



einheitlichen Regierung betreffen, wozu es vor allem notwendig wäre, daß die drei in Laos bestehenden Kräfte zu einer Übereinkunft gelangen.

Ich möchte aber nicht, daß Sie unsere Position irgendwie falsch verstehen. Wir halten es für unbedingt erforderlich, alle Anstrengungen zur Sicherung einer effektiven Waffenruhe zu machen, weil es sonst natürlich keine normalen Bedingungen für die Verständigung in den anderen Fragen geben kann. Ich bin allerdings nicht überzeugt, daß gegenwärtig Kampfhandlungen stattfinden. Mir wurde berichtet, daß sie eingestellt sind. Sollten Sie andere Informationen darüber haben, so wollen wir das prüfen.

Gromyko: Das ist nicht schwer, weil sich die internationale Kommission bereits im Lande befindet und keinerlei besondere Beschlüsse zu einer solchen Überprüfung erforderlich sind.

Kennedy: Vielleicht können Außenminister Gromyko und Staatssekretär Rusk beim Frühstück diese Frage beraten und übereinkommen, wie die Tätigkeit der internationalen Kommission wirksamer gestaltet werden kann.

Nun, jetzt könnten wir zu den anderen Fragen übergehen.

Chruschtschow: Womit beginnen wir? Vielleicht beraten wir zuerst über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Abrüstung, oder beginnen wir mit der deutschen Frage?

Kennedy: Vielleicht beginnen wir mit den Kernwaffenversuchen und der Abrüstung und gehen dann um 12 Uhr zur deutschen Frage über.

Chruschtschow: Einverstanden. Ich bin bereit, den Standpunkt der Sowjetregierung und der Frage der Kernwaffenversuche und der Abrüstung darzulegen. Ich werde dabei natürlich nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sondern mich auf das wichtigste beschränken.

In den Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche gibt es jetzt im wesentlichen zwei Fragen, die gewissermaßen den Stein des Anstoßes bilden. Erstens die Zahl der Inspektionen, die notwendig sind, um die Einhaltung des Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Partner zu überprüfen, und zweitens die Organisation der Kontrolle und die Struktur der Kontrollbehörde.

Eine solche Kontrolle, wie sie uns von den Westmächten vorgeschlagen wird, werden wir nicht annehmen. Das Leben hat uns Lehren erteilt. Vor den Ereignissen in Kongo hätten wir vielleicht einen Vertrag zu solchen Bedingungen unterschrieben, aber die Ereignisse in Kongo mahnen uns zur Vorsicht, denn sie haben gezeigt, daß die UNO ihre Vollmachten mißbrauchen und eine Politik zum Nachteil der Interessen dieser oder jener Staaten betreiben kann. Es war doch so, daß die Regierung des Kongo die UNO-Truppen in ihr Land eingeladen hat, diese Truppen aber dann gegen eben diese Regierung eingesetzt wurden.

So kann es auch bei der Schaffung einer Kontrollbehörde geschehen, die einen einzigen Vorsitzenden hat, der allein die Einhaltung des Abkommens überprüfen wird. Es ist klar, daß bei einer solchen Struktur unsere Seite stets in der Minderheit bleiben wird, denn Sie werden sich niemals dazu bereit finden, einen Kommunisten, einen Vertreter der Sowjetunion, zum Vorsitzenden der Kontrollbehörde zu ernennen. Sollten sie dazu bereit sein, dann sind wir natürlich ebenfalls bereit, ein Abkommen zu den von Ihnen jetzt vorgeschlagenen Bedingungen zu unterzeichnen. Aber Sie werden doch darauf nicht eingehen, und Sie haben dabei völlig recht. Nun, wir werden ebenfalls der Kandidatur eines Vertreters der Westmächte oder eines Vertreters neutraler Länder nicht zustimmen. Hammarskjöld kommt ebenfalls aus einem neutralen Land, aber er betreibt eine Politik zu Nutz und Frommen der Westmächte. Dabei ist Hammarskjöld nicht einmal der übelste Anwärter auf den Posten des UNO-Generalsekretärs, aber seine Sympathien sind doch voll und ganz auf der Seite der Westmächte.

Was wird also geschehen, wenn die Kontrollbehörde unter dem Vorsitz eines Ihrer Vertreter funktioniert? Ich als Vorsitzender des Ministerrates meines Landes werde praktisch machtlos sein und nichts gegen das unkontrollierte Schalten und Walten dieser Kontrollbehörde in unserem Lande unternehmen können. Das Volk würde uns einfach davonjagen, wenn die Sowjetregierung auf so



etwas eingeht. Wenn Sie natürlich wünschen, daß man mich von meinem Posten davonjagt, Herr Präsident, dann beharren Sie weiter auf Ihrem Vorschlag. Ich hoffe allerdings, daß Sie das nicht wünschen (Kennedy nickt energisch mit dem Kopf).

In der Kontrollbehörde müssen gleiche Bedingungen für alle Teilnehmer des Abkommens geschaffen werden. Wir wünschen keine herrschende Stellung in dieser Kontrollkommission, werden aber auch nicht gestatten, daß irgendein anderer über uns herrscht. Deshalb unterbreiten wir unseren Vorschlag des Dreier-Kopfes. Die Verwirklichung unseres Vorschlages würde keinem der Teilnehmer des Abkommens Nachteile bringen. Dieses Prinzip der Dreiteilung sollte auch in den anderen internationalen Organisationen und Behörden verwirklicht werden. Sie, die kapitalistischen Staaten, besitzen gegenwärtig die Mehrheit in der UNO. Sie werden aber zugeben, daß irgendwann in Zukunft Bedingungen entstehen können, unter denen Sie sich in der Minderheit, wir aber, die sozialistischen Länder, in der Mehrheit befinden werden. Dann könnte die Mehrheit Ihnen ihren Willen aufzwingen. Eine internationale Organisation ist jedoch kein Parlament, in dem die Mehrheit der Minderheit ihren Willen diktiert. Deshalb ist es erforderlich, daß in solchen Organisationen die Interessen eines jeden Landes und aller heute in der Welt bestehenden Staatengruppen berücksichtigt werden. Dann wird es wirklich eine gleichberechtigte Lage geben, und niemand kann zum Nachteil der Interessen eines anderen Landes handeln. Auf diesen Erwägungen gründen sich unsere Vorschläge.

Was die Inspektionen betrifft, so meinen wir, daß drei Inspektionen im Jahr in einem jeden Land völlig ausreichend wären, um die Einhaltung des Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Staaten zu überprüfen. Mehr als drei Inspektionen wären nach unserer Auffassung schon keine Kontrolle mehr, sondern Erkundungen, und darauf werden wir nicht eingehen.

Jetzt möchte ich etwas über den Zusammenhang der Einstellung der Kernwaffenversuche mit dem Problem der Abrüstung sagen. Ich werde nicht ausführlich über die Abrüstungsfrage sprechen, da wir der UNO detaillierte Vorschläge dazu unterbreitet haben. Entscheidend für unsere Position ist folgendes. Wenn Sie unsere Abrüstungsvorschläge annehmen, dann sind wir bereit, beliebige von Ihnen gemachte Kontrollvorschläge zu akzeptieren. Unsere Bedingung über die Bildung einer Kontrollbehörde aus drei Vertretern zur Beaufsichtigung der Einstellung der Kernwaffenversuche, wobei alle Beschlüsse von allen drei Vertretern vereinbart werden müssen, würden wir in diesem Falle zurückziehen. Wir wären bereit, diese Bedingung zurückzuziehen, da nach Verwirklichung eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung die Kontrolle nach unserer Auffassung allumfassend und vollständig sein muß, einschließlich des unbeschränkten Zutritts der Kontrollorgane zu einem jeden Land, damit niemand insgeheim eine Waffenproduktion organisieren kann. Das ist auch völlig logisch, denn wenn es keine Waffen gibt, dann können die Staaten auch keinerlei Geheimnisse haben. Dann können Sie ungehindert in jede Tür eintreten, die weit offen stehen wird, dann können Sie in jede Fabrik oder in jedes Institut in unserem Lande kommen, und wir dafür in Ihrem Lande.

Verbinden wir also die Frage der Abrüstung mit der Einstellung der Kernwaffenversuche. Arbeiten wir gemeinsam ein allgemeines Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und über die vollständige und allgemeine Abrüstung mit einer umfassenden und gründlichen Kontrolle aus, damit eine geheime Aufrüstung dieses oder jenes Landes verhindert wird.

Das ist in kurzen Zügen unsere Position zu dieser Frage.

Wenn Sie wünschen, Herr Präsident, können wir Ihnen eine Denkschrift mit einer ausführlichen Darlegung unseres Standpunktes überreichen, damit Sie diesen nicht nur anhand unserer Worte, sondern auch an einem schriftlichen Dokument prüfen können (die Denkschrift wurde Kennedy zum Abschluß der Unterredung überreicht).

Kennedy: Ich habe in Verbindung mit dem, was Sie eben darlegten, zwei Fragen. Stimmt es, Herr Vorsitzender, daß man nach Ihrer Auffassung keinen absolut neutralen Menschen finden kann?

Chruschtschow: Ja, das ist so.



Kennedy: Meine zweite Frage betrifft die Schlußfolgerung, die sich aus Ihrem Vorschlag ergibt. Wenn Sie sich zum Beispiel in diesem Raum aufhalten und ich im Nebenraum, und wenn jeder von uns nur mit Genehmigung des anderen dessen Zimmer betreten darf, so wird es keine Garantien dafür geben, daß in einem dieser Zimmer nicht etwas Verdächtiges geschieht. Unter solchen Voraussetzungen ist es schwer, ein gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Ich muß doch den Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche dem Senat zur Ratifizierung vorlegen und dem Senat dabei versichern, daß es konkrete Garantien für die Einhaltung des Vertrages gibt. Wenn ich keine solchen Garantien vorlegen kann, dann kann ich mir einfach nicht vorstellen, wie der Senat der USA einen solchen Vertrag annehmen kann. Selbst wenn wir uns mit Ihnen auf einer solchen Grundlage verständigen, wie soll ich dann das amerikanische Volk davon überzeugen, daß das Abkommen wirklich eingehalten wird?

Natürlich wird in unserem Lande die Kontrolle leichter zu verwirklichen sein, da bei uns alles öffentlich geschieht und über alles in der Presse berichtet wird. Wenn aber die Sowjetunion, nehmen wir einmal an, insgeheim Versuche durchführt, so ist es doch klar, daß sie die Kontrollkommission nicht in den Bezirk dieser Versuche lassen wird.

Chruschtschow: Herr Präsident, die Amerikaner verstehen es ausgezeichnet, das zu verbergen, was sie nicht zum Gemeingut der Öffentlichkeit machen wollen.

Kennedy: Nein. Bei uns wird über alles in den Zeitungen berichtet.

Chruschtschow: Was tut denn Allan Dulles?

Kennedy: Das ist kein Geheimnis. Über das, was er tut, wird ebenfalls in der Presse berichtet.

Chruschtschow: Wozu zahlen Sie ihm dann Geld?

Kennedy: Wir wünschten, daß das, was er tut, Geheimnis bleibt, aber es gelingt nicht.

Chruschtschow: Das ist offenherzig, Herr Präsident. Das gefällt mir.

Übrigens sind wir bei unseren Vorschlägen doch davon ausgegangen, daß die drei Inspektionen pro Jahr in jedem Land in beliebigen Bezirken vorgenommen werden können, wo die wissenschaftlichen Meßergebnisse unzweifelhaft auf eine notwendige Untersuchung der Dinge an Ort und Stelle hinweisen.

Außerdem haben Sie unseren Vorschlag umgangen, bei dessen Annahme wir unsere Bedingungen über den Dreier-Kopf zurücknehmen würden. Ich meine den Fall, wenn der Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche mit der Abrüstung verknüpft würde. Dann würden unsere Türen weit offen stehen und Sie würden uneingeschränkte Möglichkeiten für eine beliebige Kontrolle erhalten.

Wenn wir offen sprechen wollen, so hat das Verbot der Kernwaffenversuche an und für sich keine große Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit der Völker. Unsere Länder würden trotzdem fortfahren, Bomben und Raketen zu produzieren, aber die Menschen wollen doch, daß die Kriegsgefahr überhaupt gebannt wird. Unterzeichnen wir deshalb ein Abkommen über die Abrüstung, und dann werden wir unsere Bedingungen des Dreier-Kopfes zurücknehmen und alles akzeptieren, was Sie uns hinsichtlich der Kontrolle vorschlagen. Dann werden wir, ohne hinzusehen, jedes beliebige Abkommen unterzeichnen.

Kennedy: Ich bin mit Ihnen in der Beziehung einverstanden, Herr Vorsitzender, daß ein Abkommen über die Einstellung der Tests an und für sich noch nicht die Menge der Kernwaffen verringert, über die die Sowjetunion oder die USA verfügen, und daß es noch nicht die Einstellung der Produktion dieser Waffen gewährleistet. Der Abschluß eines solchen Abkommens würde aber die Möglichkeit einer Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes auf andere Länder infolge des Drucks der öffentlichen Meinung verringern. Jetzt ist es doch so, daß sich die größten Vorräte an Kernwaffen in den Händen der UdSSR und der USA befinden. England hat diese Waffen erprobt und ebenfalls eine gewisse Menge davon angehäuft. Auch Frankreich hat mit der Erprobung von Kernwaffen begonnen, aber vorläufig in sehr geringem Ausmaß. Wenn jedoch kein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche erreicht wird, so werden wir in 5-10 Jahren zehn, vielleicht auch



fünfzehn Länder haben, die eine Atomwaffenproduktion aufbauen und folglich selbst die Möglichkeit haben werden, den Erdball in die Luft zu sprengen. Die Unterzeichnung eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche würde also die Möglichkeit eines Atomkrieges in der Welt um vieles verringern.

Chruschtschow: Ihre Überlegungen sind zweifellos logisch. Wir fassen diese Frage ebenfalls so auf und haben uns eigentlich deshalb zu Verhandlungen über das Verbot der Kernwaffenversuche bereit gefunden. Die Praxis zeigte jedoch, daß unsere Argumente nicht stichhaltig sind. Nehmen wir als Beispiel Frankreich. Drei Atomwaffenmächte führen jetzt Verhandlungen in Genf, während Frankreich auf diese Verhandlungen spuckt und Atomwaffenversuche durchführt. Wenn man also diese Frage jetzt nicht mit der Abrüstung verbindet, so können andere Länder gleichfalls so handeln. Sie werden sagen: die Großmächte haben Atomwaffen angehäuft, aber wir besitzen keine, also sind wir in einer ungleichen Lage. Sie werden dem Beispiel Frankreichs folgen und Kernwaffenversuche beginnen.

Die Verwirklichung der Abrüstung bietet die Möglichkeit, die Entfesselung eines Krieges überhaupt zu unterbinden. Dann wird die Logik Ihrer Überlegungen konsequenter sein, weil diejenigen, die noch keine Atomwaffen besitzen, froh sein werden, kein Geld für die Produktion solcher Waffen ausgeben zu müssen, da ja die heutigen Besitzer ebenfalls keine haben werden. Sie sehen also, daß das eine stärkere Position ist. Wir meinen, daß man zwischen diesen beiden Fragen ein Junktim schaffen und sie zusammen lösen muß. Wir gehen davon aus, daß das Verbot der Atomwaffenversuche nur ein Schritt auf dem Wege zu einem Abrüstungsabkommen ist. Deshalb muß man mit der Hauptsache beginnen, und die Einstellung der Versuche wird dann Bestandteil einer Gesamtlösung sein.

Kennedy: Ich bin einverstanden, daß die Einstellung der Versuche nicht das Hauptelement ist, aber jedenfalls ein sehr wichtiges Element. Nach unserer Auffassung würde ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche immerhin die Möglichkeit einer Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes einschränken, da ein solches Abkommen vorsehen würde, daß jedes Land, welches durch vertragliche Verpflichtungen mit den ursprünglichen Kernwaffenbesitzern gebunden ist, im Falle der Aufnahme der Produktion solcher Waffen das Abkommen torpedieren würde. Die von Frankreich vorgenommenen Kernwaffenversuche werden von uns nicht unterstützt und nicht gebilligt. Wir gehen davon aus, daß sich alle Länder dem künftigen Abkommen anschließen müssen. Nach unserer Meinung wäre es zweckmäßig, die Regelung des Abrüstungsproblems mit der Frage zu beginnen, die am leichtesten gelöst und überprüft werden kann.

Nun zur Abrüstung. Wenn Sie von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sprechen, so meinen Sie eine etappenweise Abrüstung mit Kontrolle der Verwirklichung einer jeden Etappe, oder meinen Sie einfach die Annahme einer Deklaration über die Abrüstung als gemeinsamer Politik unserer Länder, der sich alle Länder, die das wünschen, anschließen können?

Chruschtschow: Das muß ich Ihnen verübeln, Herr Präsident. Sie haben offenbar unsere Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung schlecht gelesen. Wir schlagen eine etappenweise Abrüstung mit obligatorischer Kontrolle über die Verwirklichung einer jeden Etappe vor.

Kennedy: Setzen wir voraus, daß wir uns über die allgemeine und vollständige Abrüstung und als ersten Schritt dazu über die Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen oder über die Liquidierung der Raketen verständigen. Würden Sie in einem solchen Falle einverstanden sein, daß eine internationale Kommission in die Sowjetunion kommt, um die Erfüllung dieser Maßnahme zu kontrollieren?

Chruschtschow: Unbedingt.

Kennedy: Wenn wir nun aber nach Verständigung über die allgemeine und vollständige Abrüstung als ersten Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche ins Auge fassen, würden Sie dann der Bildung einer Inspektionsbehörde ohne Vetorecht der Teilnehmer zustimmen?



Chruschtschow: Ich will Sie, Herr Präsident, gerade davon überzeugen, mit etwas anderem zu beginnen, weil, wie ich schon sagte, die Einstellung der Versuche nicht die Hauptfrage ist.

Kennedy: Was schlagen Sie also vor, womit soll begonnen werden?

Chruschtschow: Womit Sie wollen. Man könnte beispielsweise mit der Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen, mit dem Verbot der Atomwaffen, mit dem Verbot ihrer Produktion, mit der Liquidierung der Stützpunkte und Raketenbasen usw. beginnen. In unseren Vorschlägen ist das alles dargelegt, wobei jede Etappe im logischen Zusammenhang mit der nächstfolgenden steht und die Verwirklichung einer jeden Etappe unter vollständiger und wirksamer Kontrolle erfolgen soll. Wir meinen, daß man sich über eine solche Ordnung der Abrüstungsmaßnahmen verständigen könnte, daß keinem der Teilnehmer des Abkommens daraus Nachteile erwachsen.

Kennedy: (Nach einem Blick auf die Uhr). Die Zeit, die wir der Erörterung der Abrüstungsfragen und der Einstellung der Kernwaffenversuche widmen wollten, scheint zu Ende zu gehen. Man kann offenbar konstatieren, daß Sie der Meinung sind, diese beiden Fragen müßten zu einer Einheit zusammengefaßt und zusammen beraten werden, während wir glauben, daß die Erreichung eines Abkommens über die Einstellung der Versuche die Aussichten auf eine Verständigung in der Abrüstungsfrage verbessern wird. Wir sind dabei einverstanden, daß die Einstellung der Versuche an und für sich nicht die Hauptfrage ist, aber, wie Ihre chinesischen Freunde sagen: "eine Reise von 1000 Kilometern beginnt immer mit dem ersten Schritt".

Chruschtschow: Wie ich sehe, sind Sie ein Kenner Chinas.

Kennedy: Wir werden wahrscheinlich beide in Zukunft China gut kennen lernen müssen.

Chruschtschow: Wir kennen dieses Land auch jetzt schon gut. China ist unser Nachbar, unser Freund, unser Verbündeter.

Herr Präsident, stimmen Sie der Bildung einer Kontrollbehörde aus drei Vertretern zu. Das wäre das beste.

Kennedy: Mir scheint, wir sind zu unserem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Gestatten Sie mir abschließend zu sagen, daß die USA darüber beunruhigt sind, daß nun schon drei Jahre, seit dem die Genfer Verhandlungen laufen, ein Moratorium für Kernwaffenversuche ohne jede Inspektion besteht. Die Aussicht auf eine Verlängerung dieses Moratoriums ohne jedwede Kontrolle löst in meinem Lande Beunruhigung aus. Wenn wir uns in einer so langen Zeit nicht über die Einstellung der Versuche verständigen konnten, so wird offenbar die Verständigung über die Abrüstung noch weit mehr Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb sind wir nicht geneigt, einer Verbindung der Frage der Versuchseinstellung mit dem Problem der Abrüstung zuzustimmen.

Die Genfer Verhandlungen müssen also offenbar fortgesetzt werden. Inzwischen werden wir sehen, ob es uns in Zukunft nicht gelingt, zu irgendeinem Übereinkommen zu gelangen. Vielleicht wird der am 19. Juni in Washington zwischen der UdSSR und den USA über die Abrüstung beginnende Meinungsaustausch irgendwelche Ergebnisse in dieser Richtung bringen.

Chruschtschow: Wir sind zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit, werden aber niemals einer Kontrolle zustimmen, die im Grunde genommen Spionage bedeutet. Wir sind gegen die von Ihnen vorgeschlagene Kontrolle unter der Voraussetzung, daß die Staaten ihre Rüstungen aufrecht erhalten. Das würde bedeuten, einer Sache zuzustimmen, die das Pentagon schon lange anstrebt. Schon 1955 unterbreitete Präsident Eisenhower seinen sogenannten Plan des "offenen Himmels". Jetzt schlagen Sie uns anstelle der Flüge, das heißt einer Lufteerkundung, eine Erkundung auf der Erde vor. Wir haben mit den Verhandlungen begonnen, um eine Übereinkunft und die Lösung der Hauptfrage, der Abrüstung, zu erreichen. Wenn Sie der Abrüstung nicht zustimmen, so werden wir der Kontrolle nicht zustimmen, da wir niemandem und niemals gestatten werden, die Sicherheit unseres Landes zu beeinträchtigen.

Kennedy: Es ist doch völlig offensichtlich, daß im Falle, wenn die Kontrolle die Interessen irgendeines Vertragsteilnehmers vernunftwidrig schmälert, dieser Vertrag aufgehoben werden kann.



Was die Abrüstung betrifft, so werden wir am 19. Juni entsprechend der zwischen Herrn Gromyko und dem Botschafter Stevenson getroffenen Vereinbarung den Meinungs austausch beginnen, in der Hoffnung, einen Fortschritt zu erzielen.

Chruschtschow: Sie sind also einverstanden, diese beiden Fragen zu verbinden?

Kennedy: Das können wir nicht tun, wenn kein Grund zu der Hoffnung auf die rasche Erzielung eines Abrüstungsabkommens besteht. Wir beraten doch schon drei Jahre über die Einstellung der Kernwaffenversuche und können bisher immer noch nicht zu einem Abkommen gelangen. Ein Abrüstungsabkommen würde offenbar noch mehr Zeit erfordern. Man muß also in Genf neue Anstrengungen unternehmen und sehen, was zu tun ist: entweder die Verhandlungen mit der Hoffnung auf Erfolg fortsetzen, oder die Verhandlungen vielleicht für eine gewisse Zeit unterbrechen.

Wir haben bisher noch keinen einzigen Schritt auf der Tausendmeilenreise getan. Es ist jedoch an der Zeit, zur Behandlung der deutschen Frage überzugehen. Ich möchte Ihnen nur versichern, Herr Vorsitzender, daß die Erkundungsbedeutung der Kontrolle verblaßt gegenüber der Aussicht auf eine Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes auf andere Länder bei Fehlen einer Vereinbarung über das Versuchsverbot. Das wird sich zweifellos negativ auf die Lebensinteressen unserer Länder auswirken.

Chruschtschow: Wenn wir einen Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung unterzeichnen, so wird die Frage der Spionage nicht nur verblasen, sondern einfach verschwinden.

Kennedy: Wollen wir zur deutschen Frage übergehen?

Chruschtschow: Vielleicht soll ich die Position der Sowjetregierung in dieser Frage darlegen?

Kennedy: Ja.

Chruschtschow: Ich hoffe, daß Sie unsere Position richtig verstehen werden, Herr Präsident. Es ist das eine Frage, die im wesentlichen Maße die Entwicklungsrichtung der Beziehungen zwischen unseren Staaten bestimmt. Wenn Sie unsere Bestrebungen falsch verstehen, so kann das zu einer Verschärfung unserer Beziehungen führen. Wenn Sie aber diese Bestrebungen richtig verstehen, dann kann uns das annähern.

Seit Beendigung des Krieges sind schon mehr als 16 Jahre vergangen. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg riesige Verluste erlitten: wir haben über 20 Millionen Menschen verloren, große Gebiete unseres Landes wurden zerstört; und jetzt sammeln die Deutschen, die zweimal in der Geschichte der Menschheit einen Weltkrieg entfachten, erneut Kräfte, und die Generäle der Bundeswehr, die früher die Hitlertruppen befehligten, nehmen heute immer mehr und mehr führende Posten in der NATO ein. Dadurch droht ein dritter Weltkrieg mit noch größeren Schrecken, mit noch größeren Zerstörungen.

Die Sowjetregierung meint, daß es an der Zeit ist, mit den Resten des zweiten Weltkrieges aufzuräumen. Es gibt keine Erklärung dafür, daß 16 Jahre nach Kriegsende immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet ist. Deshalb schlagen wir vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen und einen solchen Vertrag zu unterzeichnen.

Wir sind dabei der Auffassung, daß von den realen Verhältnissen, wie sie sich in Europa ergeben haben, ausgegangen werden muß. Gegenwärtig bestehen zwei deutsche Staaten. Und unsere Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands werden offensichtlich nicht ausreichend sein, denn offen gesagt, wollen die Deutschen selbst keine solche Wiedervereinigung.

Die Verzögerung des Friedensvertrages kann durch nichts gerechtfertigt werden und niemandem dienen, ausgenommen vielleicht den westdeutschen Militaristen. Die Interessen der USA, Englands und Frankreichs werden durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht geschmälert. Jetzt ergibt es sich jedoch so, daß die Sowjetunion den Frieden will, während Sie als Weltmächte und dabei die Unterstützung versagen und demzufolge gegen eine Friedensregelung in Europa auftreten.



Ich möchte, daß Sie mich richtig verstehen, Herr Präsident, Wir wollen den Friedensvertrag gemeinsam mit Ihnen abschließen. Wenn Sie aber unsere Position nicht verstehen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages verweigern sollten, werden wir ihn selbst unterschreiben. Wenn Westdeutschland einverstanden ist, werden wir den Vertrag mit beiden deutschen Staaten unterschreiben. Wenn nicht, dann unterschreiben wir den Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik. In diesem Falle wird für uns der Kriegszustand auf dem ganzen Gebiet der DDR beendet sein und alle Abkommen und Einrichtungen, die als Ergebnis der Kapitulation Deutschlands entstanden sind, verlieren ihre Kraft. Damit wird folglich auch das Besatzungsregime in Westberlin beendet, und auch das Abkommen über den Zugang nach Westberlin über die seinerzeit bestätigten Luft- und Landkorridore wird unwirksam. Durch eine solche Maßnahme wird niemand etwas verlieren, und wir werden nichts gewinnen. Westberlin wird zur freien Stadt erklärt, wobei wir keinesfalls vorhaben, irgendeine Blockade zu verhängen oder uns in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Westberlin muß seinen Status als freie Stadt erhalten. Wir sind dabei bereit, im Falle Ihres Einverständnisses, gemeinsam die völlige Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins zu sichern und seine Verbindungen zur Außenwelt zu garantieren. Wenn Sie das wünschen, dann könnten die USA sowie England und Frankreich in Westberlin symbolische Truppenkontingente zur Sicherung des Status der freien Stadt belassen, wobei auch ein geringes Kontingent unserer Truppen stationiert würde. Sollten Sie es vorziehen, den Status Berlins durch Truppen neutraler Länder sichern zu lassen, so sind wir auch zu einem solchen Schritt bereit. Wenn Sie es für erforderlich halten, die Garantien für Westberlin juristisch durch die UNO fixieren zu lassen, sind wir auch damit einverstanden.

Wir sind also bereit, beliebige Bedingungen zu akzeptieren, die auf die Sicherung der Freiheit Westberlins – wie Sie sagen – oder auf die Sicherung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten abzielen, weil wir das verstehen und bereit sind, gemeinsam mit Ihnen solche Bedingungen auszuarbeiten.

Wenn Sie nicht damit einverstanden sein sollten, so verstehen wir das so, daß Sie unter dem Druck Adenauers handeln. Dann werden wir einseitig einen Friedensvertrag unterzeichnen, welcher bedeutet, daß alle Ihre Rechte hinsichtlich des Zugangs nach Westberlin zu bestehen aufhören, weil der Kriegszustand aufhört und alle aus der Kapitulation Deutschlands sich ergebenden Bestimmungen für Westberlin annulliert werden.

Kennedy: Ich bin Ihnen verbunden für die Darlegung Ihrer Auffassungen und möchte meine Erwägungen vortragen. Diese Frage betrifft nicht nur die rechtliche Lage. Sie berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Fall nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt. Wir befinden uns in Berlin nicht im Ergebnis irgendwelcher Wahlen. Wir haben uns das Recht erkämpft, dort zu sein, obwohl wir natürlich nicht solche riesigen Verluste hatten wie Sie. Wir befinden uns in Berlin auf Grund eines internationalen Abkommens, aber nicht mit Zustimmung der Ostdeutschen. Dieses unser Recht kann nicht einseitig aufgehoben werden. Wenn sich die Spannungen in der Welt verringern, dann könnten wir vielleicht eine gegenseitig annehmbare Verständigung in dieser Frage erreichen. Aber gegenwärtig sind dafür nicht die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden.

Seit geraumer Zeit hat jeder amerikanische Präsident Jahr für Jahr immer wieder die Entschlossenheit der USA bekräftigt, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Wenn wir jetzt plötzlich einer Preisgabe dieser Verpflichtungen in Deutschland zustimmen, so wird niemand mehr den USA Glauben schenken, und das würde eine Gefahr für unsere Sicherheit heraufbeschwören. Denn wenn man uns aus Westberlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben. Diese Frage berührt folglich nicht nur die Interessen der USA, sondern die Interessen ganz Westeuropas.

Ich bin aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bemüht. Wir haben gestern festgestellt, daß zwischen uns gegenwärtig ein Gleichgewicht der Kräfte besteht.



Die Verwirklichung Ihres Vorschlages und unser Abzug aus Berlin würde unsere Interessen ernsthaft schädigen.

Chruschtschow: Vielleicht wollen Sie auch nach Moskau kommen? Das würde doch die Interessen der USA außerordentlich fördern.

Kennedy: In Berlin befinden wir uns doch aber schon. Ich schlage doch nicht vor, daß Sie nach Washington kommen sollen oder wir nach Moskau. Sie wollen doch die bereits bestehende Lage verändern.

Die Sowjetunion hat gewaltige Erfolge errungen, Sie haben einen Menschen in den Kosmos geschickt, Ihr Einfluß in der Welt ist stark gewachsen. Und nun wollen Sie uns zusätzlich zu den Problemen, mit denen wir in unserem Teil der Welt zu tun haben, nun wollen Sie uns, die USA, in eine Situation der völligen Isolierung in der ganzen Welt bringen. Wie können die USA dem zustimmen, daß Ostdeutschland uns den Zugang verwehrt, den wir erkämpft haben? Wenn wir diese Bedingung annehmen, so wird das, ich wiederhole, zu einer völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozeß der Isolierung meines Landes den Vorsitz zu führen, ebenso wie Sie, dessen bin ich gewiß, niemals einer solchen Sache in Bezug auf Ihr Land zustimmen würden.

Chruschtschow: Sie wollen also den Friedensvertrag nicht unterzeichnen?

Kennedy: Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und überhaupt unsere Rechte in Westberlin zu erhalten. Vielleicht ist die Lage in Deutschland und in Westberlin anomal, wie das seinerzeit in der Unterredung zwischen Ihnen, Herr Vorsitzender, und dem früheren Präsidenten Eisenhower festgestellt wurde. Angesichts der gespannten Lage in der Welt ist aber jetzt einfach nicht die Zeit, um die Lage in Berlin zu ändern. Ich fordere von Ihnen nicht, daß Sie Ihre Haltung ändern, ich appelliere lediglich an Sie, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern. Wird dieses Gleichgewicht verändert, dann wird sich das negativ auf unsere Positionen in Westeuropa auswirken und ein Schlag gegen die Interessen der USA sein. Sie, Herr Vorsitzender, würden doch einem solchen Schlag gegen Ihre Interessen nicht zustimmen. Uns beunruhigt an Ihren Vorschlägen nicht die Unterzeichnung irgendeines Dokuments mit der ostdeutschen Republik. Unheilvoll erscheint uns ein anderer Teil Ihres Vorschlages, und zwar der, wo Sie von der Beendigung des Zutritts und von Aufhebung unserer Rechte in Westberlin sprechen.

Chruschtschow: Ich habe mir Ihre Überlegungen aufmerksam angehört, Herr Präsident, und bedaure, kein Verständnis gefunden zu haben. Sie weigern sich, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Lage an diesem außerordentlich gefährlichen Punkt Europas, ja der ganzen Welt, zu normalisieren. Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun, daß keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht. Wir wollen diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit lösen, nicht durch irgendwelche Intrigen, sondern durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den Teilnehmerländern der Anti-Hitler-Koalition. Sie aber sagen, das widerspreche den Interessen der USA. Ich kann das einfach nicht verstehen, Herr Präsident, werden denn unsere Vorschläge irgendetwas ändern? Wir schlagen doch nicht vor, die Grenzen zu revidieren. Im Gegenteil, wir wollen sie auf die normalste Weise gesetzlich verankern, durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Der Friedensvertrag würde jenen aggressiven Kräften den Weg versperren, die die Menschheit in einen neuen Krieg stürzen möchten. Der Friedensvertrag würde die Revanchisten zügeln, die jetzt mit Appellen zur Änderung der Grenzen auftreten. Hitler sprach seinerzeit davon, daß er "Lebensraum" – möglichst bis zum Ural – brauche. Jetzt aber haben die Generäle, die die Hitler-Armee befehligten, fast alle Kommandohöhen in der NATO besetzt. Wir bedauern, daß unsere Auffassungen in dieser Frage auseinandergehen. Es gibt jedoch keine Kraft, die uns von der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland abhalten könnte. Wir meinen, 16 Jahre sind eine genügend lange Zeit, und es gibt keinerlei Möglichkeit oder Notwendigkeit, die Lösung dieser Frage weiterhin aufzuschieben. Wie viele Jahre wollen Sie denn die Lösung dieser Frage noch aufschieben – weitere 16 oder gar 30 Jahre?



Sie sprechen von Ihren Rechten und auch darüber, daß Sie diese Rechte erkämpft haben. Natürlich tut dem Menschen vergossenes Blut leid, ob es nun ein Tropfen oder ein Liter ist. Sie haben während des Krieges Tausende Menschen verloren, wir aber Millionen. Die Mütter der gefallenen Amerikaner sind genau so leidgeprüft wie die Mütter der russischen Soldaten. Es gibt in unserem Lande keine einzige Familie, die während des Krieges nicht jemanden von ihren Angehörigen verloren hätte. Ich selbst habe einen Sohn an der Front verloren. Mikojan hat im Krieg einen Sohn verloren. Gromyko, der hier anwesend ist, hat beide Brüder verloren. Und Sie wollen diese Lage fortbestehen lassen, bis die deutschen Militaristen genügend neue Kräfte sammeln und zum nächsten Sprung ansetzen. Wir können dem nicht zustimmen. Verstehen Sie uns richtig, Herr Präsident. Wir tun das nicht, um die Leidenschaften anzufachen und die Spannungen zu verstärken, sondern im Gegenteil, um den Weg für die Entwicklung unserer Beziehungen zu ebnen, um die Steine beiseite zu räumen, die einer Normalisierung der Lage im Wege sind.

Wir werden also den Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird geachtet werden. Sollte jemand diese Souveränität verletzen, so werden wir das als einen Akt der Aggression mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen betrachten.

Kennedy: Ich möchte fragen, ob Ihre Worte bedeuten, daß im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages unser Zugang nach Westberlin gesperrt wird.

Chruschtschow: Sie haben richtig verstanden, Herr Präsident.

Kennedy: Ich möchte mit aller Klarheit unseren Standpunkt klarlegen. Ich bin dagegen, daß Westdeutschland militärische Kräfte bis zu solchen Ausmaßen akkumuliert, daß es eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt.

Der Entschluß der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, ist eine sehr ernste Frage, und ich hoffe, daß Sie dabei alle Umstände in Rechnung stellen und die entsprechenden Interessen aller interessierten Seiten in Betracht ziehen werden.

Was die Grenzen betrifft, so hat de Gaulle, wie Sie wissen, unlängst eine Erklärung dazu abgegeben. Es gibt zwar verschiedene Standpunkte zu dieser Frage unter den Westmächten, aber viele sind der Meinung, darunter auch in Amerika, daß diese Frage gelöst werden kann.

Was Westberlin betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die USA bestimmte Verpflichtungen zur allgemeinen Verteidigung Westeuropas haben. Die USA haben Westeuropa bereits zweimal geholfen, sich gegen eine Aggression zu verteidigen. Ich selbst habe einen Bruder an der Front verloren. Wenn man uns aber jetzt einseitig aus Westberlin verjagt und uns unsere vertraglichen Rechte nimmt, dann werden alle Verpflichtungen der USA gegenüber anderen Ländern zu einem einfachen Fetzen Papier und niemand wird mehr zu den Vereinigten Staaten Vertrauen haben.

Ich sagte Ihnen bereits, die gegenwärtige Lage in der Welt ändert sich so rasch, daß niemand voraussagen kann, was innerhalb der nächsten 5-10 Jahre in der Welt geschieht, besonders in Asien und Afrika, und wie sich in Zukunft das gegenwärtige Kräfteverhältnis verändern wird. Sie aber schlagen jetzt vor, mit einem einzigen Federstrich das gegenwärtige Kräftegleichgewicht zu unseren Ungunsten zu verändern, in Westberlin alle die Rechte aufzugeben, die wir gemeinsam mit unseren Alliierten wahrgenommen haben. Ich bin hier hergekommen in der Hoffnung, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erreichen. Und ich möchte nicht abreisen mit dem Gedanken, daß Sie diesen Vertrag unterzeichnen und willkürlich alle unsere Rechte in Bezug auf Westberlin annullieren wollen. Ich hoffe, Sie nehmen Rücksicht auf die hohe Verantwortung, die ich in Bezug auf die Interessen der USA trage.

Chruschtschow: Ich kann Ihre Überlegungen einfach nicht begreifen, Herr Präsident. Sie sprechen von Westeuropa. Wir haben doch aber Westeuropa überhaupt nicht im Sinn. Wir wollen lediglich die Lage fixieren, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden ist. Westdeutschland wurde in das Bündnis der Westmächte aufgenommen, das ist eine Tatsache. Ostdeutschland gehört zum Bündnis der sozialistischen Länder, und das müssen Sie als eine vollzogene Tatsache anerken-



nen. Wir schlagen vor, die gegenwärtigen Grenzen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland juristisch zu fixieren, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu bestätigen und die Souveränität der DDR zu festigen. Aber dazu muß das Besatzungsregime in Westberlin liquidiert werden. Begreifen Sie, Herr Präsident, wie können wir denn einen Friedensvertrag unterzeichnen und dabei Ihre Besatzungsrechte in Westberlin aufrecht erhalten? Auf welcher Grundlage? Sie sagen, daß Sie Blut vergossen haben, aber wir haben ebenfalls unser Blut vergossen.

Kennedy: (Unterbricht) Auf der Grundlage der Abkommen, die auch von der Sowjetunion unterschrieben wurden.

Chruschtschow: Wir halten uns an diese Abkommen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, aber nach dessen Unterzeichnung wird der Kriegszustand aufhören und alle Verträge, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, verlieren ihre Wirkung.

Kennedy: Man kann doch aber nicht einseitig Rechte aufheben, die durch ein von mehreren Seiten unterzeichnetes Abkommen festgelegt wurden.

Chruschtschow: Aber wir schlagen doch vor, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und wir laden doch Sie und die anderen daran interessierten Seiten ein, sich an dieser Unterzeichnung zu beteiligen. Sie wollen das nicht. In diesem Falle können Sie aber auch keinerlei Sonderrechte für sich auf dem Territorium der DDR nach Unterzeichnung des Friedensvertrages fordern. Ihr Standpunkt ist juristisch einfach unhaltbar.

Kennedy: Aber Westberlin befindet sich nicht auf dem Territorium der ostdeutschen Republik.

Chruschtschow: Das ganze Territorium Ostdeutschlands, einschließlich Westberlins, gehört zum Territorium der DDR.

Kennedy: Das ist Ihr Standpunkt. Wir aber meinen, daß wir in Westberlin durch Vereinbarung mit Ihnen bestimmte Rechte erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte an Ostdeutschland abtreten. Sie können nicht in einseitiger Weise irgend jemandem unsere Rechte abtreten.

Chruschtschow: Ich kenne diese Argumentation. Sie ist juristisch nicht stichhaltig. Der Krieg ist längst beendet und alle Truppen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Präsident Roosevelt sagte einmal, daß zwei bis drei Jahre nach Beendigung des Krieges alle Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Ziehen wir also unsere Truppen ab. Das wäre die vernünftigste Lösung.

Wozu aber brauchen Sie Westberlin, warum halten Sie dieses für einen solchen wichtigen Punkt? Vielleicht wollen Sie Westberlin als Stützpunkt für einen Angriff auf uns benutzen? Sie sind doch ein ehemaliger Marineoffizier, Herr Präsident. Ich habe ebenfalls geraume Zeit in der Armee verbracht und denke, Sie werden ausgezeichnet verstehen, daß vom militärischen Standpunkt aus Westberlin völlig bedeutungslos ist.

Kennedy: Einverstanden.

Chruschtschow: Sie sprechen von Ihren Rechten. Diese ergeben sich aus dem Kriegszustand. Der Krieg ist aber zu Ende. Wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichnen, werden alle verstehen, daß der Kriegszustand zu Ende ist und folglich alles, was sich aus diesem Zustand ergeben hat, seine Wirkung verlieren muß. Wenn Sie Ihre Rechte in Westberlin auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechterhalten, so wird das den Interessen der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder zuwiderlaufen.

Als ich mit dem früheren USA-Präsidenten Eisenhower über diese Frage sprach, gab er zu, daß in Berlin tatsächlich eine anomale Lage entstanden ist und daß Möglichkeiten zur Regelung dieser Situation gefunden werden müßten. Es sagte mir, daß in dieser Frage das Prestige der Vereinigten Staaten berührt wird. Ich schlug ihm vor, sich um eine solche Lösung zu bemühen, die die Prestige-Interessen unserer Staaten nicht berührt. Ich schlug damals vor, ein provisorisches Deutschlandabkommen zu schließen und den Deutschen eine bestimmte Frist zu geben, innerhalb derer sie sich untereinander verständigen sollen. Adenauer spricht zwar von der Wiedervereinigung, aber er will sie in Wirklichkeit gar nicht. Vereinbaren wir also eine bestimmte Frist, bei-



spielsweise 6 Monate, innerhalb derer Vertreter der beiden deutschen Regierungen zusammentreten und sich über die Deutschland betreffenden Fragen verständigen sollen. Wenn sie nach Ablauf dieser Frist unter sich zu keiner Einigung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kommen können, so werden wir uns der Verantwortung für die deutsche Frage entledigen, und jene Staaten, die das wünschen, unterzeichnen dann einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten. Eine solche Lösung würde die Prestige-Interessen unserer Staaten in keiner Weise beeinträchtigen.

Ich hoffte damals, daß wir mit Ihrem Präsidenten zu einer Einigung in dieser Frage kommen könnte. Leider ist es so gekommen, daß sich jene Kräfte in Amerika, die gegen die Normalisierung unserer Beziehungen und gegen die Minderung der internationalen Spannungen sind, offenbar entschlossen haben, eine solche Einigung zu verhindern. Sie entsandten die U-2 nach der Sowjetunion, so daß eine Verständigung unmöglich wurde. Deshalb beschlossen wir, die Lösung dieser Frage so lange aufzuschieben, bis sich die Leidenschaften beruhigt haben. Jetzt ist nach unserer Meinung die Zeit für die Lösung dieser Frage gekommen, und wir bedauern es außerordentlich, bei Ihnen kein richtiges Verständnis für unsere guten Absichten gefunden zu haben. Wir wollen die Steine hinwegräumen, die uns auf dem Wege zur Normalisierung unserer Beziehungen behindern. Wenn es uns gelingt, diese Frage zu lösen, so wird, dessen sind wir gewiß, der Weg zur Errichtung eines dauerhaften Friedens auf Erden frei sein. Wir wollen keinerlei Grenzen antasten, aber wir werden natürlich auch unsere Rechte nicht preisgeben. Sie sagen, daß auch bei Ihnen keinerlei Absichten zu irgendwelchen Eroberungen bestünden. Es besteht also kein Anlaß zu einem Streit zwischen uns. Sie sind zwar mit unserer Ideologie nicht einverstanden, ebenso wie wir mit Ihrer Ideologie nicht einverstanden sind, aber wir wollen doch den Streit auf diesem Gebiet nicht in eine gegenseitige Vernichtung ausarten lassen. Wir sind doch genügend vernünftige Menschen, um nicht zu den Zeiten des Feudalismus zurückzukehren, als man Kreuzzüge organisierte und sich gegenseitig tötete, um das Grab des Herren zu befreien.

Wenn Sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen, so müssen Sie begreifen, daß wir selbst einen Friedensvertrag mit allen sich daraus ergebenden Folgen unterzeichnen werden. Ich sage Ihnen unumwunden: wir werden den Friedensvertrag mit Deutschland Ende dieses Jahres unterzeichnen. Ostdeutschland hat bereits erklärt, daß es die Freiheit und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins garantieren wird, daß es den Zutritt aller Länder zu dieser Stadt garantieren wird, aber das muß natürlich auf Vereinbarung mit der Regierung der DDR geschehen, weil alle Kommunikationen Westberlins durch das Territorium der DDR verlaufen. Wenn Sie befürchten, daß Westberlin, wie Sie sagen, seine Freiheit verlieren könnte, so wiederhole ich nochmals: schaffen wir doch gemeinsame Garantien dieser Freiheit, ziehen wir doch die UNO zu diesen Garantien heran. Wenn Sie aber für die Fortsetzung des Kriegszustandes und damit gegen den Frieden eintreten, so wird niemand und in keinem Lande Ihre Position verstehen. Wir jedoch werden laut und vernehmlich verkünden, daß wir mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Weg zum Frieden bahnen wollen und bemüht sind, die Möglichkeiten für die Entstehung eines neuen Krieges auszuschalten. Wenn Sie unsere Bemühungen nicht verstehen wollen, so bleibt uns nur der eine Ausweg, einseitig einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Sie reden von Ihren Interessen in Westberlin. Aber mit der Verteidigung dieser Ihrer Interessen wollen Sie uns erniedrigen. Sie sprechen davon, daß Sie Blut vergossen hätten, aber das, was wir vergossen haben, war auch kein Wasser. Sie haben im Krieg 350.000 Menschen verloren, wir dagegen 20 Millionen. Ich war selbst an der Front, ich habe selbst die vom Krieg verursachten schrecklichen Zerstörungen und die Leichen der von den Faschisten ermordeten Menschen gesehen.

Kennedy: Deshalb wollen wir ja den Frieden bewahren, damit sich so etwas nicht wiederholt.

Chruschtschow: Sie deuten offenbar die Möglichkeit der Entstehung eines Krieges wegen Westberlin an. Ziehen Sie bitte in Betracht, daß wir einen Krieg nicht beginnen werden. Wir werden den Frieden verteidigen, und möge die Geschichte dann urteilen, wer von uns im Recht ist.



Im Westen wird oft von der Gefahr gesprochen, daß sich Chruschtschow vielleicht eine Fehlrechnung leisten könnte, die zum Kriege führt. Hierin müssen wir uns aber gegenseitig entgegenkommen, Herr Präsident. Jeder von uns muß sich vor solchen Fehlrechnungen hüten. Wenn Sie wegen Berlin einen Krieg entfesseln sollten, so nehmen Sie damit die ganze Verantwortung auf sich. Ich denke aber trotzdem, daß der Frieden triumphieren wird. Im Pentagon gibt es zwar Leute, die einen Krieg wollen, aber Sie dürften ausgezeichnet wissen, was ein moderner Krieg sein würde. Adenauer weiß ausgezeichnet, was ein Krieg für Westdeutschland bedeuten würde. Macmillan weiß auch, was Krieg ist. Kein einziger vernunftbegabter Mensch will den Krieg, und wenn sich auf der Welt doch solche Wahnsinnigen finden sollten, muß man sie in die Zwangsjacke stecken.

Wir wollen nichts anderes außer guten Beziehungen zu Ihrem Lande und zu allen anderen Ländern. Wir wollen die Handelsbeziehungen mit Ihnen entwickeln. Wir haben doch einen lebhaften Handel mit vielen Ländern, mit England, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Japan, mit vielen Ländern, nur nicht mit den USA. Das ist vielleicht kein Zufall, aber das ist Ihre eigene Angelegenheit. Der Handel ist ein Geschäft. Wenn es Vorteile verspricht, so verkauft man. Wenn nicht, so läßt man es sein. Das ist unsere Einstellung. Den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unterzeichnen.

Kennedy: Die Lage in Deutschland kann wirklich nicht als normal bezeichnet werden, da das Land in zwei Teile gespalten ist. Roosevelt sprach seinerzeit tatsächlich vom Auszug der Besatzungstruppen aus Deutschland, aber er sah nicht voraus, daß Deutschland gespalten wird und daß wir uns in Deutschland diesseits und jenseits der Trennungslinie gegenüber stehen werden. Sie sprechen vom Frieden. Aber Sie wollen doch die Lage in Deutschland ändern, und nicht die Vereinigten Staaten. Sie schaffen doch eine Krise in Berlin, und nicht die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben schon seit langem, noch vor meinem Amtsantritt als Präsident bindende Verpflichtungen gegenüber Berlin übernommen, und jetzt wollen Sie Ende dieses Jahres in einseitiger Weise einen Friedensvertrag unterzeichnen und uns das Zutrittsrecht nach Berlin nehmen. Meinen Sie, daß dies ein Weg zum Frieden ist?

Chruschtschow: Ich kann Ihre Logik nicht begreifen. Wie kann man die Situation verschlechtern, wenn man auf die Liquidierung des Krieges hinarbeitet? Seit eh und je galt die Unterzeichnung eines Friedens als Wohltat und der Krieg als Übel.

Kennedy: Ich sage doch nicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages an und für sich eine kriegerische Aktion ist. Aber ein Friedensvertrag, demzufolge wir unserer Rechte verlustig gehen, ist ein kriegerischer Akt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist eine Angelegenheit der Sowjetunion, aber die einseitige Übertragung unserer Rechte an Ostdeutschland ist schon eine ganz andere Sache. Westberlin ist für uns von Bedeutung nicht als Aufmarschgebiet für einen Überfall. Es ist für uns von Bedeutung, weil wir ihm gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen haben, wovon die ganze Welt weiß. Wenn wir jedoch dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen, wird die ganze Welt den Schluß ziehen, daß die USA ein Land seien, das seine Verpflichtungen nicht ernst nimmt. Und ich versichere Ihnen, daß wir unsere Verpflichtungen, die unsere strategischen Interessen berühren, sehr ernst nehmen.

Chruschtschow: Was also tun? Ihre Ansprüche zeugen nicht von guten Absichten. Sie wollen den Kriegszustand in Westberlin aufrechterhalten, aber damit sind wir nicht einverstanden. Das werden wir der Weltöffentlichkeit erklären, und wir sind gewiß, die meisten Menschen werden verstehen, daß wir im Interesse des Friedens handeln.

Sie haben doch in Westdeutschland in einseitiger Weise alles annulliert, was in unserem Interesse war: Sie haben uns die Reparationen versagt und Westdeutschland wieder aufgerüstet. Sie haben einen separaten Friedensvertrag mit Japan unterzeichnet, wodurch wir jetzt keinen Friedensvertrag mit diesem Lande haben. Sie meinen, daß diese Handlungen Ihrerseits gerechtfertigt, unsere Absichten aber unmoralisch seien. Mit einer solchen Auslegung können wir selbstverständlich nicht einverstanden sein. Ob Sie den Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht, das ist Ihre Sache, Herr Präsident. Wir wären sehr erfreut, unsere Unterschrift unter diesen Vertrag neben die Ihre



setzen zu können. Aber auch wenn Sie sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir ihn trotzdem unterschreiben, und Ihr Zutritt nach Westberlin hört dann auf.

Sie sprechen von Ihrem Prestige, aber Sie müssen auch unserem Prestige Rechnung tragen. Sie meinen, daß die USA auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Westberlin irgendwelche Rechte weiter behalten müßten, die sich aus der Besetzung Deutschlands ergeben haben. Niemand in der Welt wird jedoch diese Ihre Politik verstehen und rechtfertigen können. Was ist das für eine Politik, die auf dem Grundsatz beruht: "Was ich will, das mach ich eben"? Den Versuch, Ihre Rechte hinsichtlich Westberlins auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten, werden wir als eine Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, als eine Verletzung des Friedens und der Ordnung in Deutschland betrachten. Wir werden uns damit nicht abfinden, und die Verantwortung möge auf den fallen, der den Frieden verletzt.

Kennedy: Wir sind überzeugt, daß unsere Anwesenheit in Berlin von der Bevölkerung Westberlins unterstützt wird, der gegenüber wir bestimmte Verpflichtungen übernommen haben. Sie sagen, wir wollten den Kriegszustand in Berlin aufrechterhalten, aber dort gibt es keinen Krieg und Berlin hat, wie Sie selbst sagten, keinerlei militärische Bedeutung.

Ich denke, es wäre gut, wenn West- und Ostdeutschland einen Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen finden würden und wenn die UdSSR und die USA ihre Beziehungen in einer positiven Richtung entwickeln könnten. Ohne Zweifel wird sich die Lage in diesem Raum allmählich ändern, aber Sie wollen innerhalb von irgendwelchen 6 Monaten buchstäblich alles ändern. Unsere Zustimmung zu Ihrem Vorschlag könnte, wie ich bereits sagte, lediglich zur Isolierung der USA und zum Verlust aller ihrer Verbindungen in Westeuropa führen. Das wollen wir nicht. Ich selbst bin nicht darum bemüht, daß die Sowjetunion die Verbindungen einbüßt, die sie in Europa hat. Sie haben mich seinerzeit als jungen Mann bezeichnet. Aber ich bin nicht deshalb Präsident geworden, um im Gegensatz zu den Interessen der USA zu handeln. Ich bin bereit, beliebige Fragen mit Ihnen zu erörtern, um eine Verständigung zu erreichen. Aber Sie wollen unsere Position nicht verstehen und wollen in kurzer Zeit radikale Veränderungen in Berlin herbeiführen.

Chruschtschow: Dann wollen wir doch ein provisorisches Abkommen über Deutschland unterzeichnen. Sie verstehen dabei natürlich, daß es gegenwärtig keine Wiedervereinigung geben kann. Deshalb betrachte ich diesen unseren Vorschlag, um offen zu sprechen, als ein rein formales Moment, das den Anschein erwecken soll, daß die Großmächte den Deutschen selbst die Verantwortung übertragen. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir diesen Weg beschreiten. Einen anderen Ausweg gibt es nicht: entweder wir verewigen den Kriegszustand, oder wir unterzeichnen einen Friedensvertrag. Wir haben in dieser Frage verschiedene Auffassungen, und wir können Sie natürlich nicht zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwingen, aber auch Sie können uns nicht zwingen, das zu tun, was im Interesse unserer Sicherheit erforderlich ist. Und alle Ihre Ansprüche hinsichtlich Westberlins entbehren jeder juristischen Grundlage.

Kennedy: Wir haben keinerlei Ansprüche. Wir verteidigen die Rechte, die uns gehören.

Chruschtschow: Wir können Ihnen eine Denkschrift mit der Darlegung unserer Position in der deutschen Frage überreichen, damit Sie unsere Auffassungen besser prüfen können, falls wir zur Erörterung dieser Frage zurückkehren sollten. (Die Denkschrift wird Kennedy im Anschluß an die Unterredung überreicht).

Damit wird die Unterredung abgebrochen und N.S. Chruschtschow bittet J. Kennedy zum Frühstück.

[...]



N i e d e r s c h r i f t

der Unterredung N.S.Chruschtschows mit John F. Kennedy
in der Sowjetischen Botschaft vom 4.Juni 1961

Nach dem Frühstück, als der Entwurf der Mitteilung für die Presse vorbereitet wurde, äußerte Kennedy den Wunsch, sich mit N.S. Chruschtschow unter vier Augen unterhalten zu können.

Nachstehend folgt die Niederschrift dieser Unterredung.

Kennedy: Man muß konstatieren, Herr Vorsitzender, daß wir in der Berlinfrage verschiedene Auffassungen haben. Diese Frage ist jedoch von so großer Bedeutung für uns beide, daß ich hoffe, Sie werden im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Aktionen unternehmen, durch die ich zutiefst in die sich vollziehenden Ereignisse hineingezogen werde und durch die unsere Länder vor einen unmittelbaren Zusammenstoß gestellt werden. Ich trage natürlich der Tatsache Rechnung, daß Sie ausgehend von Ihren Interessen handeln werden. Ich bitte Sie jedoch, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Frage unseres Zugangs und unserer Rechte in Westberlin. Ich hoffe, daß sich mit der Zeit Möglichkeiten für die Ausarbeitung von Maßnahmen ergeben werden, die auf die Gewährleistung einer befriedigenderen Lage in Berlin abzielen. Am meisten bin ich darüber besorgt, es zu keinem direkten Zusammenstoß zwischen uns in einer so wichtigen Frage wie Berlin kommen zu lassen.

Chruschtschow: Ich schätze Ihre Offenheit, Herr Präsident, muß aber meinerseits folgendes erklären. Wenn Sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Ihrem Zugangsrecht nach Berlin beharren, so wird selbst ein direkter Zusammenstoß zwischen uns diese Frage nicht zu Ihren Gunsten entscheiden. Wir werden uns gegen eine Aggression verteidigen, falls Ihre Truppen die Grenzen der DDR überschreiten.

Ich habe Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen. Sie entbehrt jedoch jeder rechtlichen Grundlage. Sie wollen unseren Staat erniedrigen, und das werden wir nicht gestatten.

Wählen Sie selbst, Herr Präsident, wir werden dem Schicksal nicht ausweichen. Ich werde in dieser Frage so handeln, wie mich meine Stellung als Vorsitzender des Ministerrates verpflichtet. Ich wäre erfreut, wenn Sie unseren Vorschlag der Zwischenlösung annehmen und ein provisorisches Abkommen über Deutschland und Westberlin unterschreiben würden, damit in der Folge ein Friedensvertrag ohne Nachteil für unser Prestige unterzeichnet werden kann.

Kennedy: Dieses provisorische Abkommen würde die Anwesenheit unserer Truppen in Berlin vorsehen?

Chruschtschow: Ja, für die Geltungsdauer dieses Abkommens.

Kennedy: Aber dann würde der Zutritt zu dieser Stadt unterbunden?

Chruschtschow: Ja. Aber zur Wahrung Ihres Prestiges wären wir auch bereit, daß Ihre Truppen gemeinsam mit Truppenkontingenten Englands, Frankreichs und natürlich der Sowjetunion weiterhin in Westberlin bleiben auf der Grundlage eines Abkommens, das in der UNO fixiert wird. Aber der Zutritt zu Westberlin wird dann selbstverständlich mit Genehmigung der Regierung der DDR erfolgen. Das ist eine Prerogative der Regierung der DDR.

Wenn Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen und Ereignisse ins Rollen bringen wollen, die sich als die schlimmsten in der Geschichte der Menschheit erweisen können, so machen Sie sich dazu bereit. Wir werden uns unsererseits ebenfalls bereit machen, wenn Sie diese Frage mit Gewalt lösen wollen. Aber das wollen wir nicht. Wir wollen diese Frage auf der Grundlage der Vernunft lösen.

Kennedy: Herr Vorsitzender, entweder Sie glauben nicht, daß es uns ernst ist und wir bereit sind, unsere juristischen Verpflichtungen in dieser Frage zu erfüllen, oder Sie fühlen, daß trotz der gro-



ßen Erfolge auf wirtschaftlichem und anderem Gebiet, in der Eroberung des Weltraums, die Lage Ihres Landes so unbefriedigend ist, daß Sie das Risiko eines offenen Zusammenstoßes zwischen den USA und der UdSSR einzugehen bereit sind, um die Lage in Westberlin zu ändern, die schon 16 Jahre besteht. Ich glaube jedenfalls nicht, daß irgend jemand in Ihrem Lande wirklich an Aktionen interessiert wäre, die in 6 Monaten zu verhängnisvollen Folgen für die Menschheit führen könnten. Ich befinde mich auch deshalb noch in einer schwierigen Lage, weil ich in London mit Premierminister Macmillan konferieren werde, der sich zweifellos für den Inhalt unserer Unterredungen interessiert. Ich werde sagen müssen, daß in sechs Monaten die Ereignisse eintreten, von denen Sie sprechen. Das werden Ereignisse sein, die ich am allermeisten verhütet wissen wollte. Wir werden uns von Angesicht zu Angesicht gegenüber stehen, gebunden durch völlig gegensätzliche Verpflichtungen, was zu verhängnisvollen Folgen führen muß. Ich bedaure, daß ich bei einer solchen Lage der Dinge aus Wien abreisen muß.

Chruschtschow: Wir wollen Frieden.

Kennedy: Wenn ich den Frieden nicht wollte, wäre ich nicht hierher gekommen. Es ist leicht, einen Krieg zu entfesseln, Herr Vorsitzender, aber es ist schwer, den Frieden zu sichern.

Chruschtschow: Ich habe drei Kriege erlebt, Herr Präsident, und ich weiß, was er dem Volk bringt. Nicht ich bin es, der mit Krieg droht, sondern Sie. Ich nehme lediglich Ihre Herausforderung an, denn wenn Sie den Krieg beginnen, werden wir antworten müssen.

Kennedy: Sie wollen also die bestehende Lage ändern.

Chruschtschow: Ich will Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland. Wenn ich Grenzen ändern oder andere Völker erobern wollte, dann wären Sie tatsächlich verpflichtet, sich zu verteidigen. Wir wollen jedoch nur den Frieden.

Drohungen von Ihrer Seite werden uns nicht aufhalten. Wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufzwingen sollten, wird es einen geben. Das können Sie also Macmillan, de Gaulle und Adenauer sagen. Beachten Sie also, Herr Präsident, daß dies unser unumstößlicher Entschluß ist und wir den Friedensvertrag im Dezember dieses Jahres unterzeichnen werden.

Kennedy: Ja, es scheint einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr.

Chruschtschow: Wir werden von unserem Entschluß nicht abgehen, aber ich glaube, daß trotzdem Frieden sein wird und daß sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Beziehungen auf dem Wege der Freundschaft und der Zusammenarbeit entwickeln werden.

Kennedy: Wir konnten mit Ihnen leider keine gemeinsame Auffassung in den erörterten Fragen erzielen, aber ich danke Ihnen aufrichtig, Herr Vorsitzender, für Ihre Gastfreundschaft sowie für den lebenswürdigen und höflichen Ton, in dem Sie die Unterredungen mit mir geführt haben.

Damit waren die Unterredungen zwischen N.S. Chruschtschow und John F. Kennedy vom 3. und 4. Juni 1961 in Wien abgeschlossen.

[Quelle: SAPMO-BA, DY 30/3663.]